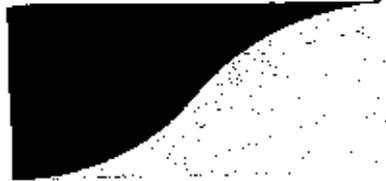


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 85 846 pbbn d



Inhalt

Wolfgang Sieler MdB zum politischen Spiel mit den Aussiedlern: Nationale Propaganda soll soziale Probleme überdecken.

Seite 1

Professor Dr. Klaus-Dieter Oswald MdB zum Arafat-Besuch in Straßburg: Israel muß Gesprächsbereit werden.

Seite 3

Josef Vosen MdB zum Neuesten vom Schnellen Brüter: Das Märchen von der Plutonium-Vernichtung.

Seite 4

Hans Kolo MdL zum Urteil über die Abschaltung des Reaktors Mülheim-Kärlich: Maßgeschneidert für die WAA.

Seite 6

43. Jahrgang / 177

15. September 1988

Politisches Spiel mit Aussiedlern

Bonn will mit nationaler Propaganda soziale Probleme überdecken

Von Wolfgang Sieler MdB

Bisher galt es als humanitäre Aufgabe, Menschen, die zu uns als einem der wirtschaftskräftigsten Staaten der Welt aus welchen Gründen auch immer kommen, aufzunehmen und ihnen zu helfen. Im Falle der Aussiedler sind die einheimischen Arbeitnehmer sogar bereit, diesen Menschen sofort einen gleichberechtigten Zugang zu den von ihren Sozialabgaben finanzierten sozialen Sicherungssystemen zu gewähren; und dies, obwohl zum Beispiel die einheimischen Arbeitslosen nach jahrelangem ordnungsgemäßen Bezahlen ihrer Versicherungsbeiträge jetzt Abstriche von den ihnen zustehenden Leistungen hinnehmen müssen, weil die konservative Bundesregierung systemfremde Leistungen an Aussiedler, wie zum Beispiel die Sprachförderung, aus dem Solidarvertrag zwischen Arbeitnehmern und Arbeitslosen finanzieren läßt.

Die Leistungskürzungen verschulden freilich nicht die Aussiedler, sondern eine Bonner Finanzpolitik, die den Schwachen nimmt, um den Starken geben zu können. Dieser gleichberechtigte Zugang zur sozialen Sicherheit ist für andere, die ebenfalls aus der Ferne kommen und mit der bundesrepublikanischen Gesellschaft ebenso wenig vertraut sind, weder möglich noch selbstverständlich, weil in ihren Adern kein deutsches Blut fließt (was ist das überhaupt?).

Wie gesagt, geholfen werden soll und kann bisher allen nach besten Möglichkeiten, und die sind in der reichen Bundesrepublik nicht schlecht. Das gilt auch für die Menschen, die sich aufgrund der Propaganda von Radio Free Europe und anderen im Westen ein Schlaraffenland erhoffen, dann aber aus den für Schlandrian und Müßiggang bekannten Sowjetgesellschaften in ein Land kommen, in dem die Konservativen nicht nur Schicht- und Sonntagsarbeit ausweiten, sondern diese auch noch neu besteuern wollen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Haussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kostenloser Umgang
mit verschleißtrockenen
Recycling-Papier



Nun will der bayerische Ministerpräsident Strauß, der die Heimatländer der Aussiedler in den schwärzesten Farben zeichnet und diese Menschen damit zu klassischen, und bisher doch immer so verteufelten Wirtschaftsflüchtlings stempelt, für die Menschen mit deutschem Blut eine „uneingeschränkte Solidarität“.

Für die anderen nur eine eingeschränkte? Das wäre wenig christlich, denn die christliche Idee des Nächsten, der geliebt und dem geholfen werden soll, kennt kein nach Nationen unterschiedenes Blut. (Die Idee der bürgerlichen Gleichheit, auf der der moderne westliche Staat fußt, kennt überhaupt kein Blut mehr.)

Strauß betreibt jedoch noch ein viel schlimmeres politisches Spiel mit dem Schicksal der Aussiedler. Hinter seiner Aussage, die Eingliederung dieser Menschen sei nicht primär eine humanitäre Aufgabe, sondern eine nationale, die der Pflege der nationalen Identität der Deutschen diene, steht der pure Nationalismus, die kalte politische Berechnung. 1992 wird mit der Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes ein weiterer großer Schritt zur Überwindung des europäischen Nationalismus getan werden. Diesem „Europa 92“ fehlt allerdings bisher im wesentlichen die soziale Komponente. Der jetzige Aussiedlerstrom scheint einigen willkommen zu sein, um über geschürten Nationalismus den Blick der breiten Bevölkerung auf das noch zu verwirklichende „Soziale Europa“ und auf sozial-humanitäre Aufgaben allgemein zu trüben.

Denn was bis 1992 vor allem Not täte, ist eine Sensibilisierung der Arbeitnehmer für die sozialen Mängel in der EG. Der europäische Binnenmarkt wird in jedem Falle kommen, trotz allem nationalistischen Theaterdonner. Im schlimmeren Falle werden sich die Arbeitnehmer nach den beabsichtigten „Deregulierungen“ fragen, wo ihre sozialen Errungenschaften geblieben sind. Die konservativen Deregulierer lenken die Aufmerksamkeit jetzt bewußt von der internationalen europäischen Ebene und den dort zu lösenden Aufgaben weg auf die bornierte nationale Ebene. Verschwindet erst einmal für einige Zeit das „Soziale Europa“ hinter nationalem Nebel aus dem Bewußtsein, so können sie in Ruhe ihr „Europa des Kapitals“ verwirklichen. Um dieses Vorhaben abzusichern, erklärte Strauß die Eingliederung der Aussiedler zu einer primär nationalen und erst sekundär sozial-humanitären Aufgabe.

Die politische Vereinnahmung und nationalistische Ideologisierung des Aussiedlerproblems wird in nächster Zeit eher noch zunehmen. Die Linke wird es dabei schwer haben, ihre sozialen Ziele gegen die nationale Propaganda zu behaupten.

(-/15.9.1988/vc-he/rs)

Israel muß endlich gesprächsbereit werden

Zum Besuch Arafats in Straßburg

Von Prof. Dr. Klaus-Dieter Osswald MdB

SPD-Koordinator in der „Parlamentarischen Vereinigung Euro-Arabische Zusammenarbeit“

Manche Politiker, insbesondere arabische, haben oft einen Hang zu theatralischen Gesten und großen Inszenierungen. Ein Meister in dieser Disziplin ist auch der PLO-Vorsitzende Jassir Arafat.

Dennoch wäre es falsch, seinen Auftritt im Europa-Parlament als Show-Nummer abzutun. Arafat hat in seinem politischen Leben viele Rückschläge hinnehmen müssen und ist daher sehr vorsichtig geworden. Auch wenn er nun immer wieder betont, daß die Entscheidung über das weitere Vorgehen der PLO bei der kommenden Sitzung des Nationalrates liegt, muß man davon ausgehen, daß er genug Rückendeckung hat, das zu verantworten, was er sagt. Und das ist nicht wenig.

Wenn auch verklausuliert, bedeutet die Anerkennung der lange Zeit umstrittenen UN-Resolutionen auch eine Anerkennung Israels. Daß er dann noch in versöhnlichem Ton in hebräisch eine Neujahrs-Botschaft an das israelische Volk richtet, sollte nicht nur als Effekthascherei gewertet werden. Schließlich existierte Israel im arabischen Sprachgebrauch bisher nur als „zionistisches Gebilde“.

Im Verhältnis von Palästina zu Israel gibt es manche Ähnlichkeiten zur deutsch-deutschen Situation. Solange von beiden Seiten nur die jeweiligen Maximalforderungen erhoben wurden, tat sich nichts und das Verhältnis wurde immer schlechter. Erst als unter dem Motto „Wandel durch Annäherung“ während der Ostpolitik das pragmatisch Machbare angepackt wurde, kam es zur Entspannung. Die heutige Haltung vieler israelischer Politiker, vor allem jener aus dem Likud-Block, erinnert stark an die „so nicht“- und „jetzt nicht“-Erklärungen der deutschen Opposition während der sozialdemokratischen Ostpolitik.

Egal, wie die Wahlen in Israel ausgehen werden - kein zukünftige israelische Regierung wird sich auf Dauer dagegen sperren können, die PLO als Verhandlungspartner zu akzeptieren.

Es kann daher nur gehofft werden, daß auf der Sitzung des palästinensischen Nationalrates das Existenzrecht Israels in aller Form anerkannt wird. Israel seinerseits muß endlich gesprächsbereit werden. Dazu gehört die Anerkennung der PLO wie auch die Beendigung seiner Gewaltpolitik in den besetzten Gebieten.

(-/15.9.1988/va-he/rs)

* * *

Das Märchen von der Plutonium-Vernichtung

Das Neueste vom Schnellen Brüter

Von Josef Vosen MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für Forschung und Technologie

Die Einheitsfront der Elektrizitätsversorgungsunternehmen zur Unterstützung des Schnellen Brüters SNR 300 in Kalkar ist zerbrochen. Die württembergischen EVU unter Anführung von Ministerpräsident Späth machen nicht mehr mit.

RWE und Bundesforschungsministerium betreiben bereits Krisenmanagement.

In der CDU/CSU-Fraktion nimmt die Neigung ab, weitere Millionen DM in das Atom-Monstrum am Niederrhein zu stecken. Die FDP ist eigentlich schon fast geschlossen gegen den SNR 300.

In dieser Situation taucht wieder - wie schon so oft - das Loch-Neß-Ungeheuer der Kernenergiebefürworter auf: Der Schnelle Brüter als Plutonium-Vernichtungs-Maschine. Wenn das Projekt schon als Stromerzeuger zu gefährlich und sinnlos geworden ist, soll es wenigstens zur „Vernichtung des gefährlichen Plutoniums eingesetzt werden, das beim Abbrennen der nuklearen Brennstäbe in den Leichtwasserreaktoren anfällt“.

Was hat es mit diesem Märchen auf sich?

Eine Bruterate von 1,0 bei einem Schnellen Brutreaktor bedeutet, daß das eingesetzte Plutonium dem erbrüteten Plutonium mengenmäßig entspricht. In einem solchen Fall handelt es sich um eine Plutonium-Erhaltungs-Maschine. Wenn die Bruterate höher als 1,0 ist, so haben wir es mit einer Plutonium-Vermehrungs-Maschine zu tun. Wenn die Bruterate geringer als 1,0 ist, können wir einen solchen Brüter eine Plutonium-Verminderungs-Maschine nennen. Die Plutonium-Vernichtungs-Maschine, bei der also die Plutonium-Bilanz vollständig auf Null herunter geht, ist physikalisch-technisch nicht möglich; dies ist daraus zu ersehen, daß auch in Leichtwasserreaktoren immer Plutonium entsteht. Im besten Falle könnte es eine Plutonium-Verminderungs-Maschine mit der Bruterate 0,3 geben.

Der SNR 300 in Kalkar verfügt über eine Bruterate von 0,96. Dies bedeutet, daß auch er schon unter die Kategorie Plutonium-Verminderungs-Maschine einzuordnen ist. Auch er würde bei Betrieb schon 0,04 Plutoniummenge „vernichten“. Aber gerade dieses „Vernichtungsverfahren“, das identisch ist mit dem Brüterbetrieb, kann wegen der Sicherheitsprobleme nicht genehmigt werden. Die eigentliche Idee, den Schnellen Brüter in Kalkar zu einer Plutonium-Vermehrungs-Maschine zu machen, seine Bruterate als über 1,0 auszulegen, wurde - beiläufig - wegen verschiedener technischer Probleme

schließlich nicht mehr weiter verfolgt, da er nur zur Demonstration der Technik gebaut werden sollte.

Des weiteren: Ein neues Core, das eine Brüterrate von 0,3 hat, gibt es ebenfalls noch nicht; wir verfügen nur über den konkreten Brüter in Kalkar. Ein neues Core verlangt langwierige Forschungs- und Entwicklungsarbeiten, die nicht unter sechs bis acht Jahren beansprucht werden. Über die Kosten ist konkret nichts bekannt. Wenn man aber eine Milliarde DM und mehr annimmt, liegt man bestimmt nicht verkehrt. Ein solches Core verlangt ferner ein völlig neues Genehmigungsverfahren, das ebenfalls seine Zeit brauchen wird. Im übrigen würde es nichts nützen. Die Maschine blieb ein gefährlicher Brüter.

Der eigentliche Punkt, der es als unsinnig erscheinen läßt, sich für jedwede Plutonium-Verminde-rungs-Maschine einzusetzen, egal, ob nun 0,96 oder 0,3, liegt aber jenseits der technischen Fragen darin, daß es sinnvoller wäre, das Plutonium, das in dieser Maschine vermindert werden soll, gar nicht erst durch Wiederaufarbeitung zu gewinnen.

Der SNR 300 in Kalkar ist wegen der Vorfälle der letzten Zeit nicht mehr genehmigungsfähig. Die Tschernobyl-Unfallursacheñ, der Natriumbrand im Sonnenkraftwerk Almeria und die Pannen mit den Steuerstäben im englischen Brüter haben die Grundlagen für das Sicherheitskonzept des SNR 300 vollständig hinfällig gemacht.

Deshalb sind weitere Steuermittel für die Entwicklung der Brüter-Linie herausgeworfenes Geld. Es sind auch die Baustellen-Erhaltungskosten von jährlich 105 Millionen DM nicht mehr zu rechtfertigen, insbesondere dann nicht mehr, wenn sich die süddeutschen Energieversorgungsunternehmen jetzt aus ihrer Drittelbeteiligung zurückziehen.

Die gesamten Steuermittel für den Brüter im kommenden Jahr betragen 244,5 Millionen DM, wenn man das ganze Projekt einschließlich der Arbeiten im Kernforschungszentrum Karlsruhe zusammenrechnet.

Solche Summen sind in der gegebenen Lage nicht zu verantworten.

Der Weg der SPD steht fest. Der Brüter darf nicht ans Netz gehen. Die Wiederaufarbeitung muß unterbleiben. Dann brauchen wir auch kein Märchen von der Plutonium-Vernichtung.

(-/15.9.1988/vo-he/rs)

. . .

Maßgeschneidert für die WAA

Zum Urteil über die Abschaltung des Reaktors Mülheim-Kärlich

Von Hans Kolo MdL

Umweltpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts in Berlin, das die Betreiberin des Reaktors Mülheim-Kärlich, die RWE, zum Abschalten zwingt, ist maßgeschneidert für die Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf. Doch nicht nur deshalb ist das Gericht zu loben. Dieses Urteil hat gezeigt, daß sich das höchste deutsche Verwaltungsgericht nicht durch „Sachzwänge“ und auch nicht durch verheerende betriebswirtschaftliche Schäden beeindrucken läßt, sondern der Demokratie, dem Rechtsstaat und den Sicherheitsinteressen der Bürger den Vorrang einräumt.

Nach diesem Urteil können die bundesdeutsche Atom-Lobby und ihr liebster Diener, die Bayerische Staatsregierung samt CSU und Vorsitzendem, nicht mehr ohne weiteres darauf bauen, daß sie nur vollendete Tatsachen schaffen müssen, um an ihr kerntechnisches Ziel zu kommen. Es reicht nicht mehr aus, am Tag der Antragstellung Anlagenteile zu bestellen, um damit Genehmigung und Inbetriebnahme zu garantieren. Ebenso wenig reichen politische Willenserklärungen aus, um Verfahrensfehler zu überdecken.

Für das Bundesverwaltungsgericht sind die Umstände der WAA-Planung und -Genehmigung eine wahre Fundgrube für ein Dutzend Einstellungsverfügungen. Ich verweise nur auf die bekannt miserablen und unzulänglichen Antragsunterlagen seitens der DWK, die - wie man hört - von den bayerischen Ministerialbeamten in mühsamer Kleinarbeit nachgebessert werden müssen. Dazu gehören aber auch die gravierenden Einschnitte in die demokratischen Grundrechte der Bürger, das Aushöhlen der Sicherheitsinteressen der Bevölkerung, des garantierten Rechtsschutzes, des Informationsinteresses der Bürger.

Eine fertige Wiederaufarbeitungsanlage garantiert keineswegs, daß sie in Betrieb gehen kann. Dieses Signal sehe ich jetzt aus Berlin. Ich hoffe, daß dadurch wenigstens die Energieversorger wieder zu einer anderen Einschätzung kommen, daß sie angesichts der drohenden Gefahr, Millionen und Milliarden in den Oberpfälzer Sand zu setzen, vorsichtiger werden. Das Gericht nimmt ökonomische Schäden in Millionenhöhe in Kauf, wenn Fehler gemacht werden, wenn grundlegende Kriterien unseres Rechtsstaates umgestoßen werden.

Für die verantwortliche Politik freilich ist das Berliner Urteil eine schallende Ohrfeige. Diese Entscheidung besagt auch, daß das Gericht mit der Feststellung von Verfahrensfehlern eine Aufgabe übernommen hat, die eigentlich von der verantwortlichen Politik und den von ihr getragenen Regierungen gefällt werden hätte müssen. Das Gericht hat letztlich an Stelle der Politik die Entscheidung gefällt.

Darin liegt eine Mehnung und Warnung für CSU und Staatsregierung: Die Politik hat über Genehmigungen und Zuschüsse zu entscheiden, zu überwachen und zu kontrollieren. Wenn sie diese Aufgabe über ihre Liebedienerei zur bundesdeutschen Atom-Lobby vergißt, wird auch die Regierung in Bayern gerichtlich zur Ordnung gerufen, werden ihre Entscheidungen für nichtig erklärt werden. Das Antrags-Chaos rund um die WAA und die undemokratischen Begleiterscheinungen werden diese Entwicklung begünstigen. Deshalb müssen endlich auch CSU und Staatsregierung gerade bei der WAA wieder zu einem neutralen Standpunkt zurückkehren und alle Fehler und Unzulänglichkeiten ahnden statt sie zu vertuschen.

(-/15.9.1988/vo-he/rs)

* * *